



Einrichtung einer Kommission zur Klärung der Situation, Verankerung und rechtlichen Situation der Ausländer_innen-Kommission in der Verfassten Studierendenschaft.

Die Kommission muss die momentane Situation analysieren und Probleme herausarbeiten. Die Kommission muss bis zum 30. Dezember 2011 konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Strukturen darlegen, dies beinhaltet auch die Satzung der Ausländischen Studierenden.

Detailpunkte die geklärt werden müssen sind:

1. die Regelung zur Wahl der Ausländer_innen-Sprecher_innen,
2. eine Auswertung der Wahlen aus den vergangenen drei Jahren,
3. Auswertung der bisherigen Anträge an den Ältestenrat bezüglich der Ausländer_innen-Kommission,
4. Klärung der finanziellen Ausgaben, die getätigt werden können und die im letzten Jahr getätigt wurden

Die Kommission besteht aus jeweils mindestens zwei Personen der folgenden Gremien, die aus den jeweiligen Gremien heraus benannt werden:

Studentischer Rat
Ältestenrat
Ausländer_innen-Sprecher
AStA
Ausländer_innen-Ausschuss

Weitere Teilnehmer_innen sind möglich.

Begründung:

Es gab viele Beschwerden über die Wahlen, die angeblich nicht demokratisch abgelaufen sind.

Für den AStA, insbesondere für das Ausländer_innen-Referat, ist unklar, wie die finanzielle Situation der Ausländer_innen-Kommission aussieht und wo die Verantwortlichkeiten dafür liegen.

Auch zahlreiche Anfragen und Anträge an den Ältestenrat konnten die Situation bis jetzt nicht klären. Wir sehen die Notwendigkeit die Frage Gremien übergreifend zu bearbeiten und eine gemeinsame Lösung zu finden.

Die Kommission soll dazu beitragen einen längerfristigen Prozess anzustoßen die Strukturen zu verbessern und daran mitzuwirken, dass nicht Einzelne die Entscheidungsposition innehaben, sondern dass auch die Ausländer_innen-Sprecher_innen auf demokratische Weise legitimiert werden.

Die momentane Situation der Ausländer_innen-Kommission trägt nicht zum Verständnis innerhalb der Verfassten Studierendenschaft bei. Für das Ausländer_innen-Referat ist es unangenehm immer wieder die Vorgänge erklären zu müssen, bei eigener Unzufriedenheit darüber, anstatt ein gemeinsames Miteinander anstreben zu können.